

1 **Unsere Handlungsoptionen für den Politikwechsel**

2 **Bericht zu den Gesprächen mit den im zukünftigen Landtag vertretenen** 3 **Parteien über Möglichkeiten zur Regierungsbildung**

- 4
- 5 1. Die hessische SPD ist unter dem Motto „Gerechtigkeit macht stark“ bei der Land-
6 tagswahl am 22. September 2013 mit dem Ziel angetreten, einen Politikwechsel
7 unter einer sozialdemokratisch geführten Landesregierung in einer Koalition mit
8 den Grünen durchzusetzen.

9 Die Kernpunkte des von uns angestrebten Politikwechsels sind

- 10 a. Respekt vor harter Arbeit, u.a. durch ein Tariftreuegesetz, die Rückkehr in die
11 Tarifgemeinschaft der Länder und die Rücknahme der 42-Stunden-Woche
12 für den Öffentlichen Dienst.
- 13 b. Respekt vor den Leistungen und Bedürfnissen von Familien, u.a. durch ein
14 zukunftsfähiges Kinderförderungsgesetz (KiföG).
- 15 c. Respekt vor allen Begabungen – u.a. durch die Rückkehr zur sechsjährigen
16 Mittelstufe, die Schaffung echter Ganztagschulen und die Wiederherstel-
17 lung der Durchlässigkeit im hessischen Bildungssystem.
- 18 d. Respekt für die Aktiven in unserem Lande, die sich in Gewerkschaften, Sozi-
19 alverbänden, Kirchen, Kultur, Sport und Initiativen ehrenamtlich und ge-
20 meinwohlorientiert vor Ort engagieren.
- 21 e. Einleitung einer dezentralen, sicheren und bezahlbaren Wende zu den er-
22 neuerbaren Energien als starkem Teil der hessischen Wirtschaft und die zu-
23 kunftsorientierte Entwicklung des Industrie- und Dienstleistungssektors in
24 Hessen.
- 25 f. Weitere zentrale Ziele sind für die hessische SPD
- 26 - Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit
- 27 - Gute Infrastruktur (Wohnungsbau, Verkehr, Kommunikation)
- 28 - Stärkung von Städten und Gemeinden (u.a. Verbesserung Vereinbarkeit
29 Familie und Beruf)

30 Notwendig dazu ist die Gewinnung finanzieller Spielräume, damit die Hand-
31 lungs- und Gestaltungsfähigkeit des Staates erhalten bleibt für zwingend not-
32 wendige Investitionen.

- 33 2. Mit 30,7 Prozent der Stimmen hat die HessenSPD am 22.9. sieben Prozentpunkte
34 hinzugewonnen und ein im Vergleich zur bundesweiten Situation der SPD gutes

35 Ergebnis erzielt, aber die angestrebte eigenständige Mehrheit mit Bündnis 90/Die
36 Grünen nicht erreicht.

37 3. Der Landesparteirat hat am 28.9.2013 beschlossen, ergebnisoffen und auf der
38 Grundlage der drei verbundenen Entscheidungskriterien **Inhalt, Vertrauen und**
39 **Stabilität** mit allen im Hessischen Landtag vertretenen Parteien Gespräche aufzu-
40 nehmen. Beauftragt wurde mit der Führung dieser Gespräche eine Kommission
41 bestehend aus Thorsten Schäfer-Gümbel, Michael Roth, Gisela Stang, Gernot
42 Grumbach, Manfred Schaub, Günter Rudolph und Nancy Faeser. An Gesprächen
43 zum Bereich Haushalt und Finanzen nahmen für die SPD außerdem Norbert
44 Schmitt und Matthias Kollatz-Ahnen teil.

45 4. Als Leitlinie für die Gespräche wurden durch Landesvorstand und Landesparteirat
46 am 28.9. die Voraussetzung für jede denkbare Form der Zusammenarbeit mit an-
47 deren Fraktionen festgelegt, dass die SPD-Programmatik sich klar und eindeutig
48 erkennbar wiederfinden und ein echter Politikwechsel deutlich sein muss. Dies gilt
49 insbesondere für unsere Vorstellungen zur Ordnung des Arbeitsmarkts, zum Um-
50 gang mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Öffentlichen Dienstes, zur
51 Schaffung von Bildungsgerechtigkeit, für eine leistungsfähige Infrastruktur, für
52 eine qualitativ hochwertige Kinderbetreuung, für eine neue Partnerschaft mit den
53 Kommunen und eine solide und auskömmliche Finanzierung unseres Gemeinwe-
54 sens. Die SPD will eine Politik für Hessen, die soziale Gerechtigkeit wiederherstellt,
55 die die Energiewende gelingen lässt, die für angemessenen und bezahlbaren
56 Wohnraum sorgt sowie den Industrie- und Dienstleistungssektor zukunftsorien-
57 tiert entwickelt.

58 5. Voraussetzung dafür ist eine stabile Regierung und ein hinreichendes Vertrauen in
59 die Zusammenarbeit, um einen nachhaltigen und dauerhaften Politikwechsel
60 auch tatsächlich realisieren zu können.

61

62 6. **Ergebnis der bisher stattgefundenen Gespräche**

63 Die im Rahmen der in den bisherigen Gesprächen gewonnen Einschätzungen zu
64 den verschiedenen Varianten einer Regierungsbildung werden im Folgenden dar-
65 gestellt.

66

67 **a) Rot-grün-rote Koalition**

68 Dem Kerninteresse der SPD folgend, eine zukünftige Landesregierung anzuführen,
69 wurden insgesamt vier gemeinsame Gespräche mit Bündnis 90/Die Grünen und
70 der Partei Die Linke über die Möglichkeit eines gemeinsamen Bündnisses geführt.
71 Teilnehmende der Gespräche auf Seiten von Bündnis 90/Die Grünen waren Tarek
72 Al-Wazir (Fraktionsvorsitzender), Mathias Wagner (Parlamentarischer Geschäfts-
73 führer), Kai Klose (Wirtschaftspolitischer Sprecher), Gerda Weigel-Greilich (Bür-
74 germeisterin Gießen), Horst Burghardt (Bürgermeister Friedrichsdorf), Hildegard

75 Förster-Heldmann (Fraktionsvorsitzende in Darmstadt), Bettina Hoffmann (Mit-
76 glied des Landesvorstands).

77 Teilnehmende auf Seiten von Die Linke waren Heidemarie Scheuch-Paschkewitz
78 (Landesvorsitzende), Ulrich Wilken (Landesvorsitzender) Willi van Ooyen (Frakti-
79 onsvorsitzender), Janine Wissler (Fraktionsvorsitzende) Hermann Schaus (Parla-
80 mentarischer Geschäftsführer), Manfred Coppik (Mitglied des Landesvorstands).

81 Große Übereinstimmungen konnten im Grundsatz in wichtigen Feldern erreicht
82 werden. Dabei sind sich alle drei Partner näher gekommen. Insbesondere bei Ar-
83 beit, Bildung, Energiewende und Bürgerrechten gab es große Fortschritte. Im De-
84 tail sind allerdings auch in diesen Feldern Positionen noch zu klären.

85 So bestand Einigkeit über die Notwendigkeit der besseren Vereinbarkeit von Fa-
86 milie und Beruf, gleichwohl wurden erhebliche Differenzen zwischen SPD und Die
87 Linke einerseits und B'90/Grüne andererseits hinsichtlich der Ganztagschulkon-
88 zepte deutlich. Gleiches gilt für die Rückkehr zur sechsjährigen Mittelstufe an
89 Gymnasien und insbesondere die von der SPD angestrebte KiföG-Reform.

90 Diskrepanzen zwischen SPD und Grünen gab es bei der Schaffung von gleichwer-
91 tigen Lebensverhältnissen im ländlichen Raum, der von den Auswirkungen des
92 demographischen Wandels besonders betroffen ist.

93 Im Bereich Arbeit/Wirtschaft bestand grundsätzliche Einigkeit über ein Tarif-
94 treugesetz mit Mindestlohnregelung, eine HPVG-Novelle, die Rückkehr in die Ta-
95 rifgemeinschaft der Länder und - bei weiterem Klärungsbedarf hinsichtlich der
96 möglichen zeitlichen Umsetzungshorizonte - den Ausstieg aus der 42-Stunden-
97 Woche für Landesbeamte. Als nicht realisierbar wird von SPD und B90'/Grüne die
98 von Die Linke geforderte Ausweitung des öffentlichen Dienstes um 30.000 Stellen
99 angesehen. Erhebliche Differenzen wurden zwischen B'90/Grüne und Die Linke
100 einerseits und der SPD andererseits auf dem Feld der Industriepolitik deutlich.
101 Innenpolitisch große Schnittmengen bestanden zwischen den drei Parteien im
102 Bereich von Bürgerrechten, Informationsfreiheit und Datenschutz, dagegen Dis-
103 sens hinsichtlich des Landesamtes für Verfassungsschutz und des Einsatzes von
104 V-Leuten.

105 Bis dato unüberwindbare Differenzen zwischen SPD einerseits und B'90/Die Grü-
106 nen und Die Linke andererseits treten im Bereich der Infrastrukturpolitik auf, ins-
107 besondere für die Zukunft des Flughafens Frankfurt. Während Einigkeit zwischen
108 allen drei Parteien bestand, dass am Flughafen Frankfurt – insbesondere nach
109 dem Wortbruch der schwarz-gelben Landesregierung beim Ausbau – eine neue
110 Balance zwischen den berechtigten Interessen der Anrainer und den wirtschaftli-
111 chen Interessen des Flughafens gefunden werden muss, formulieren sowohl
112 B'90/Grüne als auch Die Linke weitreichende Positionen an die Einschränkung des
113 Flugverkehrs, die jedoch nicht mit einem rechtlich und politisch umsetzungsfähi-
114 gen Vorschlag versehen sind. Wir sind davon überzeugt, dass im Rahmen eines

115 neuen Dialogs viel erreichbar ist. Die von B'90/Grüne in dieser Frage formulierte
116 Äquidistanz zu SPD und CDU befremdet uns nachhaltig.

117 Als derzeit offenbar unüberwindbar müssen auch die Differenzen zwischen SPD
118 und B'90/Grüne einerseits und Die Linke andererseits bei der Finanz- und Haus-
119 haltspolitik bewertet werden. Es bestehen grundlegend unterschiedliche Ein-
120 schätzungen hinsichtlich der Wege und Instrumenten vor dem Hintergrund der
121 einzuhaltenden Schuldenbremse und der noch deutlich dramatischeren als ur-
122 sprünglich erwarteten Finanzlage (siehe dazu Punkt 7.).

123 Als problematisch für die Stabilität einer Zusammenarbeit erscheint der Kommis-
124 sion die von Die Linke vorgetragene Position, gleichzeitig als Regierungs- und Pro-
125 testpartei agieren zu wollen. Erhebliches Konfliktpotenzial erscheint hier wahr-
126 scheinlich.

127

128 **b) „Ampelkoalition“**

129 Die zumindest rechnerisch mögliche Bildung einer „Ampelkoalition“ aus SPD,
130 Grünen und FDP scheitert einerseits an der von der FDP bereits vor der Wahl be-
131 schlossenen Ablehnung durch einen Landesparteitag, andererseits an den derzei-
132 tigen Einschätzungen von Bündnis 90/Die Grünen.

133 Ein Gespräch mit der hessischen FDP zur politischen Lage in Hessen wird am 19.11.
134 stattfinden. Dieses Gespräch hat auf ausdrücklichen Wunsch der FDP eine Prü-
135 fung der Möglichkeiten einer Ampelkoalition nicht zum Gegenstand.

136 Es ist bedauerlich, dass diese Option gegenwärtig nicht weiter verfolgt werden
137 konnte.

138

139 **c) Bildung einer Minderheitenregierung**

140 Alle Optionen für die Bildung einer Minderheitenregierung scheitern derzeit am
141 potenziellen Partner Bündnis 90/Die Grünen, der u.a. in zwei Beschlüssen seines
142 Landesparteirats vom 28.9. und vom 2.11. alle Minderheiten- und Tolerierungsvar-
143 ianten als nicht anzustreben bewertet hat.

144 Unabhängig von dieser ablehnenden Positionierung des dafür am ehesten infrage
145 kommenden Partners ist festzuhalten, dass eine Minderheitenregierung in Hes-
146 sen politisches Neuland wäre und eine Ausnahmesituation in der hessischen Lan-
147 despolitik darstellen würde.

148 Die von der HessenSPD mit den Gesprächen beauftragte Kommission hatte dieses
149 Modell, das neben den damit verbundenen politischen Risiken in seinen wech-
150 selnden Mehrheiten auch interessante Perspektiven für einen Politikwechsel er-
151 öffnet hätte, gleichwohl nicht von vornherein ausgeschlossen. U.a. würde das
152 Modell einer „echten“ Minderheitsregierung, die mit wechselnden Mehrheiten
153 regiert, die bestehenden Hindernisse mit der Partei Die Linke zu einer festen
154 haushaltspolitischen Vereinbarung über eine vollständige Legislaturperiode zu

155 kommen, in ihrer Bedeutung relativieren.

156

157 **d) Große Koalition**

158 Entsprechend dem Auftrag des Landesparteirats vom 28.9. wurde in ebenfalls vier
159 Gesprächen auch mit der CDU ausgelotet, ob eine Zusammenarbeit denkbar ist.
160 Teilnehmende der Gespräche auf Seiten der CDU waren Volker Bouffier (Landes-
161 vorsitzender und Ministerpräsident), Dr. Christean Wagner (Fraktionsvorsitzen-
162 der), Dr. Franz-Josef Jung (Stv. Landesvorsitzender), Peter Beuth (Generalsekretär),
163 Eva Kühne-Hörmann (Stv. Landesvorsitzende, Ministerin für Wissenschaft und
164 Kunst), Lucia Puttrich (Stv. Landesvorsitzende, Ministerin für Umwelt, Energie,
165 Landwirtschaft und Verbraucherschutz), Holger Bellino (Parlamentarischer Ge-
166 schäftsführer).

167 Wie zu erwarten ist festzustellen, dass zwischen HessenSPD und Hessen-CDU ge-
168 rade beim für uns zentralen Bereich der Bildungspolitik weite Wege zu gehen
169 sind. Allerdings zeigen die Gespräche auch, dass in diesem Bereich Kompromiss-
170 korridore vorhanden sind. Ähnliches gilt für die Bereiche Arbeit, Energie, Infra-
171 struktur, Soziales und Kultur. Hinsichtlich eines echten Tariftreuegesetzes gibt es
172 unterschiedliche Standpunkte, ein Kompromiss scheint aber möglich. Ein Pakt für
173 Beschäftigung für den Öffentlichen Dienst scheint ebenfalls möglich. Chancen auf
174 Einigung sind erkennbar hinsichtlich einer Änderung des § 121 der Hessischen
175 Gemeindeordnung (wirtschaftliche Betätigung der Kommunen) als Herzstück der
176 von uns geforderten Energiewende.

177 Hinsichtlich der Infrastrukturpolitik sind Schnittmengen vorhanden bzw. schei-
178 nen Kompromisslinien möglich. So wird auf beiden Seiten Handlungsbedarf hin-
179 sichtlich des Flughafens in Kassel-Calden und einer neuen Balance bezüglich der
180 Lärmproblematik am Flughafen Frankfurt gesehen.

181 Bei Fragen der Staatsmodernisierung und der Aufgabenverteilung zwischen Land
182 und kommunaler Ebene wird übereinstimmend Handlungsbedarf gesehen, der in
183 eine Enquete-Kommission „Staatsmodernisierung“ münden könnte. Es besteht
184 zudem Einigkeit, dass eine Reform des kommunalen Finanzausgleichs (KFA) im In-
185 teresse der Kommunen voranzutreiben ist.

186 In der Sozialpolitik scheint ein Sozialbudget - und damit eine unserer Kernforde-
187 rungen hinsichtlich der Behebung der Folgen der „Aktion Düstere Zukunft“ - mög-
188 lich. Auch gibt es die Möglichkeit zu einer Neuausrichtung der Krankenhauspla-
189 nung.

190 Die Gespräche über die Finanzpolitik haben unsere Befürchtung bestätigt, dass
191 sich die Finanzlage des Landes noch wesentlich schlechter darstellt, als dies von
192 der amtierenden Landesregierung im Wahlkampf zugegeben wurde (siehe 7.). Es
193 besteht vor diesem Hintergrund Einigkeit, dass erhebliche Anstrengungen zum
194 Erhalt der Handlungs- und Gestaltungskraft des Staates unternommen werden
195 müssen.

196 **7. Finanzsituation des Landes**
197 Im Rahmen dieses Berichtes gesondert Erwähnung finden muss, dass im Rahmen
198 der Gespräche deutlich wurde, dass die von der Landesregierung vorgelegte soge-
199 nannte mittelfristige Finanzplanung erheblich zu optimistische Zahlen veran-
200 schlagt.

201 So wurde beispielsweise der mittelfristigen Finanzplanung eine jährliche Erhö-
202 hung der Personalausgaben von lediglich 0,5 Prozent zugrunde gelegt. Dies ist als
203 unrealistisch zu bewerten. Hinzu kommt, dass die veranschlagte globale Minder-
204 ausgabe von 250 Mio. Euro jährlich bisher noch durch nichts gedeckt ist.

205 Die hessische CDU hat in den Gesprächen zudem eingeräumt, dass selbst bei Er-
206 folg der vom Land geführten Verfassungsklage gegen den Länderfinanzausgleich
207 frühestens 2018 Mehreinnahmen im Haushalt erwartet werden könnten.

208 Insgesamt stellt sich der Konsolidierungsbedarf deutlich höher dar, als bislang
209 eingeräumt wurde.
210

211 **8. Bewertung der bisher stattgefundenen Gespräche**

212 a. Die Gespräche zwischen allen Parteien sind für hessische Verhältnisse un-
213 gewöhnlich konstruktiv und offen, in der Sache klar und engagiert geführt
214 worden. Dafür bedankt sich die HessenSPD bei den Mitgliedern der Sondie-
215 rungskommissionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und der Partei Die
216 Linke. Alle Sondierungskommissionen haben auch auf mögliche Grenzen
217 von Kompromissen aus Gründen der eigenen strategischen und inhaltlichen
218 Positionierung hingewiesen. Das steigert die Hoffnung, dass sich die politi-
219 sche Kultur in Hessen verbessern lässt.

220 b. Klar wurde in den Gesprächen aber auch, dass alle Parteien angesichts des
221 schwierigen Wahlergebnisses Neuland betreten.

222 c. Für die Bildung einer rot-grün-roten Koalition gibt es zwar beträchtliche po-
223 litische Schnittmengen, aber auch bislang kaum überwindbare Differenzen
224 in zentralen Fragen.

225 Die Linke stellt sich der zwingend notwendigen finanziellen Konsolidierung
226 nicht. Sie definiert für die Zustimmung zu einem Koalitionsvertrag eine „ro-
227 te Linie“, die nicht mit den aus der Verfassung resultierenden Erfordernis-
228 sen in Einklang zu bringen ist. Die Linke hat jedoch in den finanzpolitischen
229 Fragen eine gewisse Bereitschaft signalisiert, die Hindernisse für eine Eini-
230 gung in einem Tolerierungsmodell umgehbar zu machen.
231 Ferner ist ihr politisches Selbstverständnis – Protest- oder Gestaltungspar-
232 tei – nicht geklärt.

233 Erhebliche Diskrepanzen wurden in den Gesprächen deutlich zwischen SPD
234 und Grünen hinsichtlich der Themen KiföG, Ganztagschulausbau und hin-
235 sichtlich politischer Maßnahmen, die erforderlich sind, um auch vor dem

- 236 Hintergrund der demographischen Entwicklung gleichwertige Lebensver-
237 hältnisse im ländlichen Raum zu gewährleisten.
- 238 Erhebliche Differenzen gibt es beim Thema Flughafen Frankfurt. SPD und
239 B'90/Grüne sehen die rechtliche und faktische Ausgangslage sehr ähnlich,
240 sind sich in der Zielsetzung einer Lärmreduzierung einig. Die Position von
241 Die Linke zur Schließung der Landesbahn ist nicht umsetzbar. Der neue
242 Flughafendialog mit klaren Zielsetzungen ist der Partei Die Linke zu lang-
243 wierig. Alternativen werden aber nicht aufgezeigt.
- 244 d. Die Bildung einer Minderheitsregierung oder eines Tolerierungsmodelles ist
245 aufgrund der bisher ablehnenden Haltung von B'90/Die Grünen derzeit
246 nicht möglich.
- 247 e. Gespräche über eine „Ampelkoalition“ können aufgrund der grundsätzlich
248 ablehnenden Haltung der FDP gegenwärtig nicht stattfinden.
- 249 f. Die Gespräche mit der CDU über Möglichkeiten einer großen Koalition las-
250 sen teilweise deutliche Bewegung bei der CDU in vielen für die SPD wichti-
251 gen Feldern erkennen. Allerdings wird es, gerade in der Bildungs- und In-
252 nenpolitik, Grenzen des mit der CDU Erreichbaren geben. Es gibt zwischen
253 SPD und CDU in Hessen unterschiedliche Positionen in gesellschafts-, wirt-
254 schaft- und sozialpolitischen Fragen. Problematisch ist die Finanzlage, die
255 allerdings jede Regierungskonstellation vor erhebliche Herausforderungen
256 stellen wird.
- 257 g. Für die SPD ist der selbstbewusste Gang als starke Oppositionskraft gegen-
258 über einer schwarz-grünen Landesregierung ebenfalls ein gangbarer Weg.
259 Schwarz-grün bedeutet Stillstand in wichtigen sozial-, bildungs- und wirt-
260 schaftspolitischen Fragen sowie eine schwierige Situation für die Städte und
261 Gemeinden (z.B. bei den Themen KiföG und KFA-Reform). Verbunden damit
262 ist für weitere fünf Jahre der Verzicht auf Gestaltungsoptionen und somit
263 der Möglichkeiten, zentrale Kernpunkte aus unserem Wahlprogramm um-
264 zusetzen. Die SPD wäre dann zwanzig Jahre in keiner Regierungsverantwor-
265 tung. Ungewiss ist zudem, ob durch die Bildung schwarz-grünen Koalition
266 ab 2018 Gestaltungsoptionen verloren gehen könnten.
- 267
- 268 9. Der Landesparteirat nimmt den Bericht zustimmend zur Kenntnis und fordert alle
269 Unterbezirke auf, diesen Bericht kurzfristig intern bis zum 28.11. zu beraten. Der
270 Landesparteirat am 29.11. und der Landesparteitag am 30.11. werden dann ab-
271 schließend Konsequenzen aus den Gesprächen ziehen und das weitere Verfahren
272 beschließen.
- 273 10. Über jede Form der Regierungsbeteiligung und die zugrundeliegende Koalitions-
274 bzw. Kooperationsvereinbarung entscheidet abschließend, wie von Landesvor-
275 stand und Landesparteirat am 28.9. beschlossen, mindestens ein Landesparteitag.